

Vorblätter

Morgenausgabe - Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Mittwoch, 4. Juni 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpreis, Pragis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Welt und Wissen, tägliche Telegramm-Adressen, Börsenkongress

Verkaufsstellen: In Berlin: Buchhandlung 'Die Welt', Unter den Eichen 10, Berlin W. 8. Fernruf 1011. In anderen Städten: Buchhandlung 'Die Welt', in Berlin W. 8. Rosenstraße 27

Anzeigenpreise: Die 12spaltige Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsludende 0,40 Goldmark, Reklamenspalt 1,40 Goldmark. Besondere Preise: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Befellungen nehmen Zeitungsdepotiere, untere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Ausland-Bezug nur unter Streifenband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Skandinavien 175 Francs, Frankreich 50 Francs, Schweden 50 Kronen, Holland 22,50 Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 4 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechoslowak. Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 25 Pesos, Serbien 925 Dinar, für den Monat April 1924 nach Österreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 200 000 polnische Mark, Litauen 20 Lit., Lettland 775 lettische Mark, Estland 125 estnische Mark, Finnland 1300 estnische Kronen, für Monate: Abnahme der Verlag keine Barzahlung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts. Unentgeltlich eingehend, Manuskripte im Rückporto beizufügen

Schrittleitung und Geschäftsstelle: Berlin W. 8, Kronenstr. 37

Verkaufsstellen: für den Handel Zentrum 8699; für Post- und Kunst und Lokales Zentrum 283, für die Expedition Zentrum 1232 und für die Druckerei Zentrum 2488

Neue Regierung Mary Stresemann.

Berlin, 3. Juni. (W. T. S.) (Mittl.) Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Marx in seinem Amt und auf Vorschlag des Reichskanzlers auch die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern neu bestätigt.

Ein Provisorium.

Nach im gestrigen Abendblatt berichtete uns die parlamentarische Lage, wie sie sich am Nachmittag gegen 3 Uhr darbot, so der Hoffnung, daß die große bürgerliche Koalition von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zu Stande kommen würde. In den Abendstunden des gestrigen Abends ist diese Hoffnung ausgedehnt worden. Die alte Regierung wird wieder aufgestellt und sich nun auf die kleine Koalition der drei Mittelparteien stützen kann. Die letzten Besprechungen mit den Deutschnationalen, die dazu führen sollten, die endgültigen Verhandlungen zu treffen, zeigen, daß die Deutschnationalen pflöcht in mehrfacher Beziehung verschärfte Forderungen aufstellen. Die unheilvolle Reduktion über ihre angebliche Bedingungen der Deutschnationalen, die gestern Vermittlung herausgegeben wurde, bilden den Ausgangspunkt von Diskussionen, die zu erneuten Differenzen bezüglich der Außenpolitik, die die Wirtschaftspolitik zu verfolgen haben würde, führten. Aber selbst wenn man in dieser Beziehung zu einer Einigung gekommen wäre, so hätte sich in der verabschiedeten Formulierung, die die Deutschnationalen pflöcht ihrer Forderung in Bezug auf die Erziehung der preussischen Regierungsfrage geben, doch den Stein des Anstoßes ergeben. In unmittelbarer Form verlangten die Deutschnationalen noch für den gestrigen Tag verbindende Erklärungen, daß die bürgerlichen Parteien des preussischen Landtages den Rücktritt der preussischen Regierung beantragen würden. Diese Forderung zu erfüllen erweist sich als unmöglich, jedoch der Reichskanzler, auch im Einverständnis mit der gesamten Fraktion der Deutschen Volkspartei, den Deutschnationalen am Abend mitteilte, daß er die Verhandlungen mit ihnen als ergebnislos ansehen müsse.

Die Einigung der bürgerlichen Parteien ist zum Gelingen nahe gewesen. Jeder Vaterlandstreuer muß es aus tiefster Sehnsucht, daß die Gelegenheit nicht benutzt werden ist. Wir wollen hier nicht die Schuldfrage aufwerfen, sondern uns mit der Tatsache abfinden. Das weitere unter abgedruckte Communiqué der Deutschen Volkspartei deutet an, daß das Ziel der noch anstehenden Verhandlungen, die nimmer die verlässliches Ende erreicht haben, nicht tot sei. Wir sind in der Lage, auf Grund zuverlässiger Informationen festzustellen, daß bei den gestrigen entscheidenden Besprechungen, die die Deutsche Volkspartei nach dem Abbruch der Verhandlungen in später Abendstunden hatte, die Entschlossenheit geübt hat, vom ersten Tage an dem Ergebnis der Reichstagswochen darüber Nachsicht zu tragen, daß eine Koalition getroffen wird, die unter der ehemaligen Regierung Mary Stresemann die erste politische Verbindung mit den Deutschnationalen ermöglicht. Wir können ferner feststellen, daß auch in den nachgehenden Besprechungen der Zentrumsfraction des Reichstages es als notwendig angesehen wird, Führung nach rechts zu behalten. Es muß dringend erwartet werden, daß diese Vorläufe auch in der Zeit ausgeführt werden. Die Deutsche Volkspartei hat gestern Abend beschlossen, daß ihre Fraktion sich nicht an der Regierung beteiligen wird. Dadurch ist die parlamentarische Basis der Regierungskoalition auf knapp 140 Stimmen zusammengefallen. Es wäre ein lächerlicher Wunsch, auf einer so schwachen Grundlage Politik machen zu wollen, wenn eben die neue Regierung,

sich voraussichtlich in der alten Zusammenfassung bilden wird, sich nicht ausschließlich als der Überzeugung zu einer parlamentarischen präzisen Regierung, als ein Provisorium betrachten, das geschaffen ist, um dringende Regierungsaufgaben zu erledigen, bis die Zeit sich, A. B. in der letzten Preussischen, die Vorbereitungen für eine erfolgreiche Regierungsübernahme getroffen hat. Die Mitteilungen, die gestern im Reichstage über die kommunistischen Kampfbereitungen in Deutschland gemacht wurden, geben eine schwache Andeutung von der Gefahr, die dem Reich im Innern droht. Schon allein diese Erwägung und alles, was in den nächsten Wochen über dieses Thema noch bekannt werden wird, muß entscheidend dazu beitragen, um die gemeinsame Kampfbasis der bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen herzustellen. Diese Erwägung muß aber auch der Regierung Mary Stresemann die eiserne Notz mit auf den Weg geben, daß die Front der Regierungskoalition in keinem Augenblicke dieser Zeit, in der Innensache der Reichsregierung, gegen rechts gerichtet sein kann. Dr. J.

Die Entscheidung der Deutschen Volkspartei.

Am 30. Uhr abends wurde im Reichstag die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei folgende Fraktionsmitteilung herausgegeben: Nachdem die letzten Verhandlungen der Deutschen Volkspartei um die Bildung einer bürgerlichen Koalition mit den Deutschnationalen bis zur Deutschnationalen Partei vom 30. Mai gescheitert waren, hat sich die Möglichkeit neuer Verhandlungen, weil maßgebende Persönlichkeiten der Deutschnationalen Fraktion einschneidende Auslegungen jenes Beschlusses geben und zu fassen ließen, daß Verhandlungen untergeordnet wären und die Ziele zu Verhandlungen von ihnen nicht zu verfolgen wäre. In den Verhandlungen mit den Deutschnationalen konnte mit den Deutschnationalen Verhandlungsführern über die Regierungserklärung für den internationalen Schweben der Unabhängigkeit der Reichsregierung in den nächsten Tagen eingeleitet werden. Nach der Entscheidung der Deutschen Volkspartei, die die bürgerlichen Parteien des Reichstages durch die Verabschiedung der Reichstagswochen über die Deutschnationalen Verhandlungsführer ihre endgültige Stellungnahme von der Bildung der Regierungserklärung in ihrem Sinne abzugeben gemacht. Daraus kann bei der wirtschaftlichen und politischen Lage des Reiches nicht erwartet werden. Keine Verhandlung der Regierungserklärung ist das Gebot der Stunde und die Fortsetzung der Arbeit.

Für die Deutsche Volkspartei war bei ihrer Entscheidung vor allem auch entscheidend die Erklärung der Deutschnationalen Verhandlungsführer, daß die Befreiung des Außenministeriums durch Dr. Stresemann trotz der Fortführung der Außenpolitik unbedenklich sei. Die Deutsche Volkspartei ist nicht bereit, den Ruf ihres Parteiführers einer anderen Partei zu opfern. Aus allen diesen Gründen muß auch die Deutsche Volkspartei zu ihrem Beschlusse festhalten, daß die Verhandlungen zur Bildung der neuen bürgerlichen Koalition gescheitert sind. Sie hält damit den Geboten an sich nicht fest. Sie hofft, daß das große Ziel zu späterer Zeit doch noch erreicht werden kann.

Zuletzt bleibt nichts übrig, als der Einleitung der Reichstagswochen Marx zur Bildung einer Regierung auf der bisherigen Basis zu folgen. Die Fraktion wird sich an der kleinen Koalition in den Beratungen der Reichstagswochen beteiligen, daß sie auch dieses Opfer dem Vaterlande bringen muß, angesichts der verzweifelten Lage der deutschen Wirtschaft und des berechtigten Volkswillens das besetzten Gebietes.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Am 10. Juni 1924 gab die Deutschnationale Fraktion folgende Erklärung aus: Herr Reichskanzler Marx hat den Deutschnationalen Parteiführern mitgeteilt, daß er die Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit ihnen abbrechen müsse. Bei der Dringlichkeit der Regierungsbildung und bei den neuerdings aufgetretenen Schwierigkeiten erweise es sich unmöglich, sich an einer Einigung zu kommen. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind erheblich später eröffnet worden, als die Deutschnationalen erwartet und wiederholt verlangt haben. Der Reichspräsident hat sich nicht demogen Partei den Auftrag zur Bildung des Reichstages zu geben. Gleichwohl haben die Deutschnationalen im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, der Not der Wirtschaft und des Landes Bedingung trotz alles Verstoß, um durch weite Kreise unter den Deutschen eine dem Wohlergehen einigermassen entsprechende Umänderung der Regierungsbekanntnisse zu ermöglichen. Da die Wechselschritte nicht von den ihnen erstrebten Hoffnungen unter dem Ruf des Reichspräsidenten ersehen liegen, haben sie im Rahmen des Möglichen die Einigung über den weiter einschneidenden Kurs eingelegt. Selbstverständlich war dabei eine Veränderung des bisherigen Kurses nicht zu erwarten, und sie mußten von jedem, der ernstlich den Deutschnationalen den ihnen zusammengebrachten Gewinn wollte, zugehen werden.

Es ist uns schwer verständlich, an welchen Hindernissen föhlich die Einigung gescheitert ist. Sollten vorliegende von der Deutschnationalen Fraktion nicht berücksichtigte, überaus wichtige öffentliche Angelegenheiten, den letzten Grund dazu abgeben haben? Wir wollen selbst in diesem Augenblicke föhlich die Bedingungs für das Scheitern der Verhandlungen des Landes so unbedingt erforderlich und noch von Wichtigkeit für den Reichstag allein möglichen Gestaltung der Regierungsbekanntnisse nicht möglichen. Es bleibt nur anzunehmen, daß in den Verhandlungen keine Kräfte vorhanden gewesen sind, die ein Zugeständnis unter den Deutschnationalen, das allem nicht mollen und sich nicht verbieten können. Das Scheitern wird die Diskussion der nächsten Tage ergeben.

Zumal verjährt werden, daß ein Ministerrat der sogenannten Reichstagskoalition als Ergebnis der Entscheidung der Deutschen Volkspartei sich bilden nicht beabsichtigen. Es ist nicht möglich, daß selbst die Unterbrechung durch die Sozialdemokratie auf nationaler Basis eintreten werden kann. Die Deutschnationale Volkspartei hat die volle Freiheit des Handelns wieder und wird entstehen von ihr Gebrauch machen.

Der neue württembergische Staatspräsident.

Am Samstag wurde heute der Führer der Bürgerpartei Wahl mit 44 von 77 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Staatspräsident Wahl nahm die Wahl mit herzlichem Dank an und erklärte, sie lege ihm schwere und ernste Pflichten auf, die er im freien und weiten Geiste ohne Parteigrenzen erfüllen wolle. Er sei mit der Würdigung des Rufes und betonte, die Straft wurde für ihn lediglich ein Einsporn sein, seine Kraft einzusetzen, für das Wohl des schwerverwundeten Landes. Landtagspräsident Körner, der zu Beginn der Sitzung seine Wünsche über das Verhalten gegen den württembergischen Parteiführer Geisel und die Hoffnung auf halbtägige Wiederherstellung des Schwereverlehten aussprach, erklärte, daß damit die Zwischenlösung der Regierungstrife erledigt sei. Er dankte Staatsrat von dem, daß er sich sofort bereit in den letzten Monaten als Staatspräsident zur Verfügung stellte.

Die Kommunisten gaben nach der Wahl des Staatspräsidenten die Erklärung aus, daß sie bei der jetzigen unbedingten arbeitgeberfeindlichen Regierung mit dem allergrößten Widerstreben kooperieren. Der neue Staatspräsident Wahl bezog sich in seiner Regierungserklärung als vornehmliche Pflicht der württembergischen Regierung, mit allen Kräften dafür einzustreiten, daß die Kriegsschuldfrage einem unabhängigen internationalen Gerichtshof anvertraut werde. Die neue württembergische Regierung werde sich nicht gegen die Würdigung Deutschlands am europäischen Wiederaufbau, sondern lediglich gegen die unzulässigen Einmischungen der Weltmächte Deutschland und gegen ein auf diesen Grundgedanken beruhendes Übermaß von Besatzungen.

Die Kommunistengefahr im Reichstag.

Der erste scharfe Zusammenstoß zwischen dem Präsidium und den Kommunisten ist gestern im Reichstag erfolgt. Zur Veranlassung stand der Antrag auf Freilassung der verhafteten kommunistischen Abgeordneten Geisler, Windau und Weiser. Für den Gefährdungszustand sprach erhaltete der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe einen solchen ausführlichen Bericht. Danach ging hervor, daß die Reichstagskommunisten und die Polizei schwer bedrohendes Material gegen die verhafteten Abgeordneten zusammengebracht hat und die Anträge wegen Haftentlassung nicht begründet sind. Die kommunistischen Verhandlungen für die Freilassung sind offenbar bereits weit gediehen. Große Mengen Waffen, Sprengstoffe, Chelera- und Zinphosphorsäure sind bei den Kommunisten beschlagnahmt worden. Auch der kommunistischen Zeitschrift, der Nordkommission, ist man auf die Spur gekommen. Der kommunistische Abgeordnete Stenzen sagte das ganze amtlich beigezeichnete Material als Geheimnis hingewiesen, und seine Parteiführer haben geäußert, keine Ausfahrungen mit fremden Staatsorganen. Somit wärde das Verbot des Löbe wie während der Rede Stenzen folgen heftige Proteste zwischen rechts und links hin und her. Präsident Wallat bemühte sich wiederholt, die Erörterungen der Rede zu verhindern, und da zahlreiche Abgeordnete, besonders die Kommunisten, sich um die Redebeiträge bemühten, erzwang er alle Abgeordnete, ihre Plätze einzunehmen. Die Kommunisten setzten ihre Erörterungen fort, so daß der Präsident wieder eingreifen mußte. Danach schloß sich am Sonntag der äußersten linken Schlußpunkt entgegen wie: Radikalität, Unverwundbarkeit. Der kommunistische Redner wurde dreimal zur Ordnung gerufen und aufgefordert, das Gerede zu verlassen. Die Sitzung wurde fünf Minuten unterbrochen und Präsident Wallat verteilte den Präsidentenentwurf. Der Mann im Saal dauerte jedoch weiter an, und die Kommunisten setzten drei Stunden auf die Internationale aus. Remmele verteilte natürlich den Saal nicht. Auch wenn Präsident Wallat die Sitzung wieder eröffnen wollte, hätte er dies nicht, erinnerte daran, daß nach der Geschäftsordnung Remmele nimmer von 20 Sitzungen ausgeschlossen sei, und schloß die Sitzung unter dem Rufe der Kommunisten. Der Reichstagsrat ist sofort zusammen, um die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßnahmen zu beraten.

An der Notwendigkeit, die Geschäftsordnung zu beschleunigen und dem Reichstagen die Möglichkeit zur Unterbrechung oder der Ordnung führenden Sitzungen zu ermöglichen, hat seit langem kein Zweifel bestehen können. Die ersten Tage des neuen Reichstages haben bewiesen, daß mit der Beschleunigung nicht länger gearbeitet werden kann, wenn die Volkserziehung nicht arbeitsunfähig werden soll. Für die Kommunisten ist der Reichstag nur eine Legitimationsbehörde, die sie mißbrauchen, um auch von dieser Stelle aus die Revolution zu fördern. Für das nicht-kommunistische deutsche Volk ist der Reichstag aber immer noch die Gesetzgebungs- und Regierungsstelle, und deshalb muß ihre Tätigkeit, ihre Würde und ihre Ansehen in allen Weisen, auch durch die Schaffung einer beschleunigten Parlamentarismus, gewahrt werden. Die neuesten Erfahrungen werden hoffentlich auch diejenigen Parteien belehren können, die sich aus „demokratischer“ Einstellung nicht so immer nicht haben aufpassen können, den allen Abgeordneten die Klugheit des parlamentarischen Anstandes und der geschäftsmäßigen Disziplin zu erlangen, und die Reichstagswochen nicht als ein Festspiel der Verwirrung in dieser Beziehung anzusehen. Er trat gleich nach dem Abschluß der Plenarsitzung zusammen, um den Zwischenfall, der zu dem Ausschluß des Abg. Remmele (Komm.) und zu der Aufhebung der Plenarsitzung geführt hatte, zu erörtern. Zu eingehender Ausprache wurden die Ereignisse in der Plenarsitzung durchgeprochen. Die kommunistischen Vertreter nahmen das Verhalten ihres ausgeschlossenen Parteimitgliedes in Schutz. Im übrigen kritisierte aber der Reichstagsrat das Verhalten des Reichstagspräsidenten Wallat, besonders mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten, die dem Reichstagen aus den kommunistischen Reihen zugeführt worden waren. Die nächste Plenarsitzung wurde auf Mittwoch dem 11. Juni festgesetzt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der unterbrochenen Beratungen über die kommunistischen Straftage auf Freilassung in Haft befindlicher Abgeordneter.